

An der Wende des Jahres 1951 zum Jahre 1952 steht das deutsche Volk in einem harten Kampf um die Einheit der Nation und damit um seine nationale Existenz. Die Vereinbarungen der volksfeindlichen Bonner Machthaber mit ihren Herren in Washington und vom Petersberg, die Ratifizierung des Schuman-Planes und die Vereinbarungen über den Generalkriegsvertrag fördern die Wiedererstehung des aggressiven deutschen Imperialismus und machen Westdeutschland ohne Vorbehalte zum Aufmarschgebiet des Atlantik-Kriegsblocks. Die durch die Volkskammer, die Regierung und den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik wiederholt gemachten Vorschläge für die Einberufung einer gesamtdeutschen Beratung, der von der Volkskammer beschlossene Entwurf für ein Wahlgesetz zur Abhaltung gesamtdeutscher, freier, allgemeiner, gleicher, geheimer und direkter Wahlen zur Einberufung einer Nationalversammlung wurden mit dem Ziele, die Remilitarisierung Westdeutschlands unbedingt fortzuführen und so rasch wie möglich ein Söldnerheer aufzustellen, immer wieder abgelehnt. Gleichzeitig benutzen die ausländischen und westdeutschen Monopolisten und Finanzherren diese Entwicklung zu scharfen Angriffen auf die Lebenslage der Werktätigen. Die Preise für Konsumgüter steigen, Mieten, Steuern, Fahrpreise usw. werden erhöht und der Verbrauch von Industriewaren und wichtigen Lebensmitteln als Luxus erklärt.

Die großen Streiks der Metallarbeiter, der Bergleute und der Hafendarbeiter, die Protestaktionen der Bauern in Westdeutschland, Konferenzen der Gewerkschaftsverbände und das Auftreten von hervorragenden demokratischen Persönlichkeiten sind ein sichtbarer Ausdruck für den Widerstand der nationalbewußten Kräfte des deutschen Volkes.

Nach der zynischen Rede des Anwärters auf den Posten eines Kriegsministers in der Bonner Regierung, Blank, über die Vorbereitungen zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht haben nun auch weiteste Kreise der Bevölkerung Westdeutschlands die durch die Verräterpolitik der Adenauer, Schumacher und Konsorten heraufbeschworene Kriegsgefahr erkannt. Insbesondere die Jugend begreift, daß ihr Massengrab im Interesse der Wallstreet-Monopolisten vorbereitet wird.

Der Widerstand gegen diese antinationale Politik wächst von Tag zu Tag, und die Friedenskräfte in ganz Deutschland werden immer stärker.

Die Deutsche Demokratische Republik wird zur immer stärkeren Basis für den nationalen Befreiungskampf des gesamten deutschen Volkes. Mit der Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1952 wird den friedliebenden demokratischen Kräften in ganz Deutschland ein neuer Beweis für die große Kraft der Werktätigen im friedlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau geliefert und gezeigt, daß diese Kräfte die Erhaltung und Sicherung des Friedens und die Einheit unseres Vaterlandes erzwingen können. Der Volkswirtschaftsplan 1952 ist daher ein wirksames Instrument in diesem historischen bedeutungsvollen Kampf des deutschen Volkes und trägt zu einer weiteren Aktivierung und Stärkung der demokratischen Kräfte in ganz Deutschland bei.

Im Bewußtsein der großen politischen und ökonomischen Bedeutung des Volkswirtschaftsplanes 1952 beschließt die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, getragen von ernster nationaler Verantwortung, dieses Gesetz:

§ 1

Die Hauptaufgaben im Volkswirtschaftsplan 1952

Die Hauptaufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1952 sind:

1. Die gesamte industrielle Produktion ist gegenüber dem Vorjahre auf 113,7% zu erhöhen, das bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Jahre 1950 um 38,1%. Die Lösung dieser Aufgabe erfordert unbedingt die serienmäßige Herstellung der für die Erfüllung des Planes notwendigen großen Werkzeugmaschinen und Industrieausrüstungen, die weitgehende und rationellste Ausnutzung der Bodenschätze, die Steigerung der Energieerzeugung, der metallurgischen und der chemischen Produktion. In der gesamten Industrie ist durch größte Sparsamkeit eine hohe Wirtschaftlichkeit insbesondere in der Verwendung von Brennstoffen, Elektroenergie, Stahl und Nichteisen-Metallen zu gewährleisten. Zur Verbesserung der Brennstoffversorgung der Hüttenwerke ist die Produktion von Braunkohlenhartkoks aufzunehmen. Der Steigerung der Produktion von Bedarfsgütern für die Bevölkerung ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken. In der

Konsumgüterproduktion ist eine entscheidende Qualitätsverbesserung zu erreichen, wobei die Verwendung von vollsynthetischen Fasern besonders zu fördern ist. In der Industrie ist die Herstellung von Erzeugnissen zu steigern, deren Bezug im innerdeutschen Handel und aus dem kapitalistischen Ausland durch die Aggressionspolitik des USA-Imperialismus behindert wird. Die bedarfs- und termingerechte Produktion ist durch Verwirklichung des Vertragssystems sicherzustellen.

2. Die Bruttoproduktion der Landwirtschaft ist wertmäßig auf mindestens 115,8% (in Preisen 1951) zu erhöhen. Insbesondere sind die Viehzucht und die Erzeugung an tierischen Produkten zu steigern; in der pflanzlichen Produktion ist dementsprechend die Futtergrundlage zu sichern. Die staatliche Hilfe für die bäuerlichen Betriebe durch die Maschinenausleihstationen (MAS) und die volkseigenen Güter (VEG) ist entsprechend den größeren Aufgaben der Landwirtschaft weiter auszubauen. Bei der Erfassung und dem freien Aufkauf landwirtschaftlicher Produkte ist der neue Entwicklungsstand in der landwirtschaftlichen Produktion zu berücksichtigen.